

Vorlage der Verwaltung	Fachbereich: Büro des Bürgermeisters	Datum: 09.06.2020	Genehmigungsvermerk
Tagesordnungspunkt 3.1	Bezeichnung der Vorlage: Eingegangene Anträge gem. § 2 der Geschäftsordnung des Rates und der Ausschüsse hier: Antrag der CDU-Fraktion vom 05.06.2020; "Investitionen in der Stadt Wegberg beschleunigen", Antrag der Fraktion Bündnis90/Die Grünen vom 08.06.2020; "Sichere Häfen"		Datum: 10.06.2020
Vorlage-Nr: VO/0149/20			Bürgermeister: Gez. Stock
Zu beraten im:			
Ö/N	Datum	Gremium	
Ö	23.06.2020	Rat der Stadt Wegberg	

Sachverhalt:

Die CDU-Fraktion hat am 05.06.2020 gem. § 2 der Geschäftsordnung des Rates und der Ausschüsse den Antrag „Investitionen in der Stadt Wegberg beschleunigen, um Arbeit und Beschäftigung zu sichern“ gestellt.

Dieser Antrag wird zuständigkeitshalber zur Vorberatung in den nächsten Haupt- und Finanzausschuss am 20.06.2020 verwiesen.

Mit Datum vom 08.06.2020 die Fraktion Bündnis90/Die Grünen gem. § 2 der Geschäftsordnung des Rates und der Ausschüsse den Antrag „Sichere Häfen“ gestellt.

Dieser Antrag wird zur Vorberatung auch in den Haupt- und Finanzausschuss am 20.08.2020 verwiesen, da eine Vorberatung im zuständigen Ausschuss für Bildung, Integration und Soziales nicht zeitnah erfolgen kann.

Anschließend werden beide Anträge im Rat beraten werden.

Anlagen:

- Antrag der CDU-Fraktion vom 05.06.2020_Investitionen
- Antrag der Fraktion Bündnis90/Die Grünen_sichere Häfen

Unterschrift d. federführenden Fachbereichleiters/Dezernenten
Gez. Köntges FB BBM

Gegenzeichnung d. beteiligten Fachbereichsleiter/Dezernenten

Anträge Wegberg - Antrag der CDU Fraktion im Rat der Stadt Wegberg

Von: <petra-otten@gmx.de>
An: <antraege@stadt.wegberg.de>
Datum: 05.06.2020 11:10
Betreff: Antrag der CDU Fraktion im Rat der Stadt Wegberg
CC: SPD-Fraktionsgeschäftsstelle <fraktion@spd-wegberg.de>, Christiane Merz-...

CDU Fraktion im Rat der Stadt Wegberg
Bahnhofstraße 43
41844 Wegberg.

5.6.2020

Bürgermeister Michael Stock
Rathausplatz 25
41844 Wegberg

Antrag gemäß §2 der Geschäftsordnung des Rates und der Ausschüsse der Stadt Wegberg

Sehr geehrter Herr Bürgermeister,

hiermit stellt die CDU Fraktion im Rat der Stadt Wegberg den nachfolgenden Antrag zur Behandlung in der nächsten Ratssitzung:

Investitionen in der Stadt Wegberg beschleunigen, um Arbeit und Beschäftigung zu sichern!

1. Der Rat der Stadt Wegberg beauftragt die Verwaltung, die im Haushaltsplan 2020 vorgesehenen Investitionen in die Kindertageseinrichtungen, Schulen und die weitere städtische Infrastruktur zu beschleunigen.
2. Der Rat der Stadt Wegberg beauftragt die Verwaltung, durch eine zügige Umsetzung von offenen Flächennutzungs- bzw. Bebauungsplanverfahren eine entscheidende Grundlage für die zukünftige nachhaltige Entwicklung unserer Stadt zu legen.
3. Der Rat der Stadt Wegberg beauftragt die Verwaltung, dem Rat vierteljährlich über den Stand der Umsetzung der Investitionen sowie über den Bearbeitungsstand offener Flächennutzungs-bzw. Bebauungspläne Bericht zu erstatten.

Begründung:

Das Coronavirus SARS-CoV-2 hat sich binnen kurzer Zeit weltweit verbreitet. Die Pandemie hat nahezu alle Bereiche unserer Gesellschaft erfasst und erfordert staatliche Maßnahmen in erheblichem Umfang.

Zur Bewältigung der direkten und indirekten Folgen der Pandemie hat der Landtag NRW ein umfassendes Maßnahmenpaket beschlossen. Der deutsche Bundestag hat einen Nachtragshaushalt sowie das Wirtschaftsplanstabilisierungsfondsgesetz beschlossen. Zugleich

hat der Deutsche Bundestag das Vorliegen einer außergewöhnlichen Notsituation im Sinne von Artikel 115 Absatz 2 Satz 6 GG festgestellt.

Die Maßnahmen des Landes NRW und des Bundes zielen darauf ab, Maßnahmen zu ergreifen, die die Wirtschaft und den Arbeitsmarkt in dieser außergewöhnlichen Notsituation stützen und die Folgen abmildern.

Dazu können wir in der Stadt Wegberg einen weiteren entscheidenden Beitrag leisten. Um Arbeit und Beschäftigung abzusichern, Bedarf es dringend einer Beschleunigung der mit dem Haushalt 2020 vorgesehenen Investitionen und deren Vergaben.

Mindererträge im Haushalt und Mehraufwendungen im Zuge der Corona-Pandemie belasten den Haushalt, doch dies darf nicht dazu führen, dass dringend notwendige Investitionen in unsere öffentliche Infrastruktur verzögert werden.

Um die nachhaltige Entwicklung unserer Stadt voranzubringen, ist es außerdem von großer Bedeutung, dass erforderliche Planverfahren zügig umgesetzt und abgeschlossen werden können, damit Raum für Investitionen zur Verfügung steht.

Mit einer schnellen Umsetzung von kommunalen Investitionsvorhaben und dem Schaffen von räumlichen Grundlagen für eine nachhaltige Stadtentwicklung können wir unserer Verantwortung als Rat der Stadt Wegberg gerecht werden, um gemeinsam mit dem Land NRW und dem Bund dafür Sorge zu tragen, dass heute der Grundstein für das Leben, Wirtschaften und Arbeiten von morgen gelegt wird.

Mit freundlichen Grüßen

Petra Otten

CDU Fraktionvorsitzende

Von meinem iPad gesendet



Stadtverwaltung Wegberg

08. Juni 2020

Anl.

€

Sehr geehrter Herr Bürgermeister Stock,

Antrag gemäß § 21 der Geschäftsordnung des Rates und der Ausschüsse der Stadt Wegberg

Antrag: Beitritt zum „Bündnis sicherer Häfen“

Die Fraktion Bündnis 90/ Die Grünen stellt folgenden Antrag zu Beschlussfassung in der kommenden Sitzung des Rates am 23.06.2020.

Beschluss:

Die Stadt Wegberg schließt sich dem „Bündnis sicherer Häfen“ an. Die Stadt Wegberg verpflichtet sich freiwillig, zusätzlich 10% mehr Aufnahmeplätze für Flüchtlinge zur bestehenden Verteilungsquote nach dem Königsteiner Schlüssel anzubieten.

Begründung:

Die Fraktion Bündnis 90/ Die Grünen im Rat der Stadt Wegberg zeigt sich nicht gleichgültig gegenüber dem Elend der Flüchtlinge in den griechischen Lagern, vor allem auf Lesbos in dem Lager Moria. Gerade das Schicksal von Kindern und unbegleiteten Minderjährigen dort ist schwer zu ertragen. Die erschütternden Zustände in dem völlig überfüllten Lager sind für uns zutiefst menschenunwürdig. In Zeiten der Covid 19 Pandemie stellt dies zudem eine noch größere Herausforderung an die dort tätigen internationalen Hilfsdienste und Menschenrechtsverbände dar.

Bereits 153 Städte in Deutschland haben sich dem „Bündnis sichere Häfen“ angeschlossen und signalisiert, dass sie bereit sind, mehr Flüchtlinge aufzunehmen als die Zuteilung erfordert. Wir möchten damit ein klares Signal für Menschlichkeit und Solidarität setzen. In NRW gehören Städte wie beispielsweise Arnsberg, Düsseldorf, Dortmund, Köln und Krefeld dazu.

Dieser Beschluss wird gestützt durch das Grundgesetz der Bundesrepublik Deutschland. Daraus ergibt sich das Recht aller Menschen auf Leben und geistige und körperliche Unversehrtheit (Artikel 2).

Ortwin Frey - Vizepräsident